

## Lena Strothmann MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Nach Konrad Adenauer und Helmut Kohl gratulieren wir unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Verleihung des Karlspreises, der höchsten europäischen Auszeichnung. Die Jury der Karlspreisgesellschaft schreibt in ihrer Begründung für die diesjährige Preisverleihung:

„Die Weichenstellungen hin zu einem neuen Aufbruch der Union sind entscheidend verbunden mit der ebenso tatkräftigen wie umsichtigen und integrierenden Politik des EU-Ratsvorsitzes der deutschen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.“

Damit würdigt die Jury den großen und erfolgreichen Einsatz von Angela Merkel für das Zusammenwachsen Europas. Mit einer diplomatischen Meisterleistung hat sie während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den Durchbruch für den Reform-Vertrag erzielt. Angela Merkel hat den Stillstand der Europäischen Union beendet und Europa wieder handlungsfähig gemacht. Ihr diplomatisches Geschick hat sie nicht nur europaweit zum politischen Vorbild gemacht. Wir sind stolz und freuen uns gemeinsam mit ihr über diese Auszeichnung mit der Angela Merkel deutlich unterstreicht: Europa ist unsere Zukunft und die Union ist Europapartei!

Ihre

### Bahn-Privatisierung

Die Ziele der Bahnreform von 1994 sind bis heute unbestritten gültig: „Mehr Verkehr auf die Schiene“ und „Nachhaltige Entlastung des Bundeshaushalts“. Schlüsselinstrument der Bahnreform sollte Wettbewerb auf der Schiene sein. Noch in diesem Jahr soll die Beteiligung Dritter an der DB AG ermöglicht werden.

#### Unionsvorstellungen haben sich bei der Modellentscheidung durchgesetzt

Mit der jetzt getroffenen Entscheidung für das sog. „Holdingmodell“ setzt sich eine vernünftige Variante der Teilprivatisierung auf Basis der Beschlusslage der Union durch. Wir haben immer darum gekämpft, dass das Eigentum an der Infrastruktur beim Staat bleibt, dass also nicht das Schienennetz privatisiert wird, sondern der Bahnbetrieb. So ist es jetzt auch vorgesehen: Die Infrastruktur - also Schienen, Bahnhöfe und Energieversorgung - bleiben voll in staatlicher Hand. Der Bereich Verkehr und Logistik wird zum Teil privatisiert. Im ersten Schritt werden 24,9 Prozent dieser Sparte an private Investoren veräußert; die ursprünglich geplante und wirtschaftlich sinnvolle Privatisierungshöhe von 49,9 Prozent ist mit der SPD zur Zeit nicht zu machen.

#### Die Teilprivatisierung der DB AG hat positive Wirkungen:

Die Bahn von heute ist nicht mehr die Behördenbahn von gestern - zum Vorteil der Fahrgäste. Die konsequent vorangetriebene unternehmerische Ausrichtung der DB AG hat dazu geführt, dass Qualität und Service deutlich besser geworden sind. Kundenorientierung steht heute eindeutig im Vordergrund. Um diesen eingeschlagenen Weg zum Wohle des Kunden weiterzuentwickeln, benötigen wir eine stärkere Wettbewerbsausrichtung. Diese wird mit der Teilprivatisierung ermöglicht. Die Bahnkunden profitieren von geringeren Kosten des Systems Schiene und Investitionen in ein attraktives Angebot. Die Kunden im Logistikbereich profitieren vom weiteren Ausbau des weltweiten Logistiknetzes.

Eine gute Infrastruktur ist Basis für einen funktionierenden Wettbewerb auf der Schiene. Allerdings darf diese Infrastruktur nicht im alleinigen Eigentum eines einzelnen Bahnunternehmens stehen. Der Zugang muss uneingeschränkt allen Wettbewerbern ermöglicht werden. Das gebietet auch das EU-Recht aus gutem Grund, z. B. um zu verhindern, dass Trassenpreise und Netzzugang von Monopolisten diktiert werden.

Die mit der Beteiligung Dritter möglichen Erlöse sollen für eine groß angelegte Schienenoffensive in Deutschland eingesetzt werden: Netz, Bahnhöfe, Lärmschutz und Technik sollen modernisiert werden. Das kommt den Bahnkunden zugute, aber auch den durch starken Lärm belasteten Anwohnern an den Eisenbahnstrecken.

## Diäten-Erhöhung

Die beabsichtigte Anhebung der Abgeordnetenentschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages sorgte vielfach für Irritationen und Fehlinformationen.

Im Abgeordnetengesetz sind die Maßstäbe für die Höhe der Entschädigung für die Mitglieder des Deutschen Bundestages seit 1995 festgeschrieben. Die monatlichen Bezüge der Abgeordneten haben sich danach an den Bezügen eines Richters bei einem obersten Gerichtshof des Bundes und den Gehältern von gewählten hauptamtlichen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern mittlerer Kommunen zu orientieren.

Die Besoldung der Beamten und Richter wird in Umsetzung des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst rückwirkend zum 01. Januar 2008 und dann erneut zum 01. Januar 2009 angehoben. Als Folge dieser aktuellen Änderungen der Richter – und Beamtenbesoldung erhöht sich auch die Abgeordnetenentschädigung. Diese wird vergleichbar den genannten Orientierungsgrößen B6/R6 zum 1. Januar 2009 um 278,00 Euro (3,63 %) und zum 1. Januar 2010 um 213,00 Euro (2,68 %) angehoben.

Die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung folgt der Erhöhung der Richter- und Beamtenbesoldung also erst mit einjähriger Verzögerung. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages erhalten darüber hinaus nicht die für Januar 2009 nach dem neuen Dienst- und Besoldungsrecht vorgesehene einmalige Zahlung in Höhe von 225,00 Euro.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich bewusst, dass jede Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung in der Öffentlichkeit besonders kritisch bewertet wird. Deshalb ist mit den genannten Besoldungsgruppen eine vergleichbare Bezugsgröße gefunden worden, an der sich die Höhe der Abgeordnetenbezüge orientiert. Mit dem jetzigen Gesetzentwurf wird dies entsprechend nachvollzogen, allerdings mit jeweils einjähriger Verzögerung.



Vom 17.-19. April besuchten 50 Mitglieder des Gehörlosenverbands und deren Vorsitzender Rüdiger Quennet die Bundeshauptstadt. Neben dem Besuch der rheinisch-westfälischen Landesvertretung standen natürlich auch die Besichtigung des Plenarsaals des Deutschen Bundestages und ein Vortrag über die Aufgaben des Parlaments auf dem Programm. Außerdem nahm die Gruppe an einer Führung im Dokumentationszentrum Berliner Mauer und in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand teil. In einer Stadtrundfahrt wurden abschließend die wichtigsten politischen Sehenswürdigkeiten gezeigt und erläutert.

### Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467  
E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de  
Lena Strothmann im Internet: [www.lena-strothmann.de](http://www.lena-strothmann.de)

## Termine

### 09.05.2008

Lena Strothmann beim Frauenfrühstück der CDU Sennestadt  
10:00 Uhr, Café Wölke, Rheinallee 49-51

### 14.05.2008

Lena Strothmann beim Maiabend der CDU Senne  
18:00 Uhr, Senner Marktplatz

"Neues aus Berlin", Ein Abend mit Lena Strothmann bei der Frauen Union Bielefeld  
19:30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle der CDU Bielefeld

### 17.05.2008

Lena Strothmann beim Kinderfest der Stieghorster CDU  
15:00 Uhr, Hof Henrichsmeier

### 18.05.2008

Frühschoppen der CDU Stieghorst  
Hof Henrichsmeier

60 Jahre Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften  
10:30 Uhr, Neues Rathaus, Großer Saal

Stadtfeuerwehrfest in Jöllenbeck



Im Rahmen meines "Montagsbesuchs" besuche ich Firmen, Betriebe und verschiedene Bielefelder Einrichtungen vor Ort, um mir von deren Tätigkeitsfeldern und Anliegen persönlich ein Bild zu machen. Die Gespräche mit den Inhabern und Angestellten sind mir sehr wichtig, denn nur so bekomme ich Informationen aus erster Hand und kann diese gezielt bei meiner politischen Arbeit einsetzen. Bevor ich mich also an einem Montag auf den Weg nach Berlin mache, nehme ich auch gerne Ihre Anliegen und Informationen mit. Wenn Sie möchten, dass ich auch Ihre Firma, Betrieb oder Einrichtung besuche, melden Sie sich bitte in meinem Wahlkreisbüro.

30. April 2008, Firma Hechler

Auch beim Besuch der Firma Hechler Haustechnik GmbH war die Reform des Schornsteinfegerrechts Thema der Gesprächsrunde. Dort habe ich mich mit Herrn Walter Hechler, dem Obermeister der Innung für Sanitär- und Heizungstechnik, mit Herrn Peter Silbermann, dem Obermeister der Schornsteinfegerinnung des Regierungsbezirkes Detmold, und weiteren Vertretern aus beiden Innungen getroffen. Aufgrund des bereits gestarteten Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen Deutschland musste das bisherige Schornsteinfegerrecht auf den Prüfstand. Der Entwurf zur Neuregelung wird nun breit diskutiert. Es bestehen Änderungswünsche auf beiden Seiten der Innungen. Im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie bin ich Berichterstatterin für dieses Thema. Es ist mir besonders wichtig, die Argumente aller Seiten abzuwägen und auf die Europatauglichkeit hin zu überprüfen. Daher treffe ich mich nicht nur mit den Vertretern der Verbände, sondern auch mit den Einzelunternehmen vor Ort.